



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: giulia.piszczan@stadt-koeln.de

Datum: 04.04.2022

Niederschrift

über die **11. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 21.03.2022, 16:36 Uhr bis 18:27 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Mike Homann	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Ralph Sterck	FDP
Frau Jennifer Glashagen	Volt
Herr Michael Hock	Die FRAKTION

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Frau Nicolin Gabrysch	KLIMA FREUNDE
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

Herr Beigeordneter Ascan Egerer
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Beigeordneter Stefan Charles
Herr Beigeordneter William Wolfgramm
Herr Alexander Vogel

GPR

Herr Jörg Dicken

Gäste

Herr Christian Boros *Zu TOP 2.1.7*

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Lisa Steinmann *SPD*

Verwaltung

Frau Alessandra Caroli
Frau Bettina Mötting

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die 11. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

I. Es gibt folgende Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

2.1.7 Sachstand Kommunikationsstrategie Stadtverwaltung
0886/2022

2.1.8 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu „Corona-Spaziergängen“
0935/2022

2.1.9 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu Alkoholverboten im öffentlichen
Raum
0938/2022

- 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Mittel der KfW zur Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten"
AN/0623/2022

Antwort der Verwaltung vom 21.03.2022
0942/2022

II. Es liegen **drei Dringlichkeitsanträge** vor:

- **Dringlichkeitsantrag der**

AfD-Fraktion betreffend „Rechtsbrüche in der Bezirksvertretung Köln Chorweiler“

AN/0638/2022

Frau Oberbürgermeisterin Reker bittet die Antragssteller um Bestätigung, dass es sich bei dem Antrag um einen Antrag nach § 44 Geschäftsordnung handele. Dies wird von der antragsstellenden Fraktion bejaht.

Frau Oberbürgermeisterin Reker erläutert, dass zunächst zu klären sei, wer die „Betroffenen“ sind, zwischen denen gemäß Geschäftsordnung vermittelt werden soll. Sofern es sich um einen Antrag der Bezirksfraktion handeln würde, sei auch die Bezirksvertretung Chorweiler betroffen und entsprechend einzuladen.

Zudem habe die AfD-Fraktion Chorweiler am 11.03.2022 eine Sondersitzung beantragt, um der Bezirksvertretung die Gelegenheit zu geben, die Sachverhalte zu diskutieren und gegebenenfalls einen Beschluss zu formulieren. Die Sondersitzung werde am 28.03.2022 stattfinden. Dem sollte nicht vorgegriffen werden.

Auf Nachfrage von Frau Oberbürgermeisterin Reker teilen die Mitglieder des Hauptausschusses mit, nicht mit dem Vorgang vertraut zu sein.

Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, den Antrag nicht in die Tagesordnung aufzunehmen, sondern in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zusammen mit einer Verwaltungsvorlage wie in solchen Angelegenheiten üblich, zu behandeln.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Vorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Damit ist der Antrag **nicht** in die Tagesordnung **aufgenommen**.

- **Dringlichkeitsantrag der**

SPD-Fraktion betreffend "Krieg und Flucht in Europa: Hilfsstruktur und Beratungsangebote für Kölner*innen, die Geflüchtete privat aufnehmen "

AN/0641/2022

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die **Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter **TOP 4.2** behandelt.

- **Dringlichkeitsantrag der**

SPD-Fraktion betreffend "Flüchtlingsunterbringung und Flüchtlingsbetreuung in Köln: „Pakt mit der Kölner Wirtschaft“
AN/0642/2022

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die **Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter **TOP 4.3** behandelt.

Der Hauptausschuss stimmt der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation

2.1.2 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine

2.1.3 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2022"
4449/2021

2.1.4 Jahresbericht der Online-Redaktion über die Zugriffszahlen von stadt.koeln in 2021
0464/2022

2.1.5 Modellprojekt "Digitale und hybride Gremiensitzungen" des Landes NRW
0542/2022

- 2.1.6 Akteneinsichten gemäß § 55 Gemeindeordnung NRW
0415/2022
- 2.1.7 Sachstand Kommunikationsstrategie Stadtverwaltung
0886/2022
- 2.1.8 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu „Corona-Spaziergängen“
0935/2022
- 2.1.9 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu Alkoholverboten im öffentlichen
Raum
0938/2022
- 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Mittel der KfW zur Unterstützung der
Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten"
AN/0623/2022

Antwort der Verwaltung vom 21.03.2022
0942/2022
- 4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 4.1 Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der Be-
zirksvertretung Köln Chorweiler"
AN/0638/2022
zurückgestellt
- 4.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Krieg und Flucht in Europa:
Hilfsstruktur und Beratungsangebote für Kölner*innen, die Geflüchtete privat
aufnehmen"
AN/0641/2022
- 4.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Flüchtlingsunterbringung
und Flüchtlingsbetreuung in Köln: „Pakt mit der Kölner Wirtschaft“
AN/0642/2022
- 5 Dringlichkeitsentscheidungen**
- 5.1 10 Jahre Städte- und Klimapartnerschaft Köln - Rio de Janeiro - Teilnahme
von Ratsmitgliedern an der Delegationsreise nach Rio de Janeiro
0670/2022

6 Allgemeine Vorlagen

- 6.1 Delegationsreise der Oberbürgermeisterin nach Istanbul anlässlich des 25jährigen Städtepartnerschaftsjubiläums
0850/2022

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

- 8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
- 8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

10 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

11 Dringlichkeitsentscheidungen

12 Personalangelegenheiten

- 12.1 Personalangelegenheit
0465/2022
- 12.2 Personalangelegenheit
0634/2022

13 Allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation

Frau Stadtdirektorin Blome berichtet über die aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation. Der Inzidenzwert liege derzeit bei 1620,2. Köln liege damit einerseits über dem Landesdurchschnitt NRW von 1404,1, andererseits unter dem Bundesdurchschnitt von 1714,7.

Die Belegungszahlen in den Krankenhäusern, sowohl auf Allgemein- als auch auf Intensivstationen, seien leicht rückläufig. Es befänden sich mit Stand vom 18.03.2022 446 infizierte Patient*innen in den Kölner Krankenhäusern, 47 davon auf Intensivstationen. Der ordentliche Krankenhausbetrieb sei derzeit jedoch eingeschränkt, da Kliniken bundesweit mit einer hohen Zahl an infizierten bzw. quarantänisierten Mitarbeitenden umgehen müssten.

Die Stadt Köln begrüße sehr, dass das Land NRW eine Übergangsregelung bis zum 02.04.2022 verlängert habe, die viele der bisher von der Coronaschutzverordnung umfassten Schutzmaßnahmen enthalte.

Die bisherige Teststrategie in den Kindertagesstätten werde bis zum 29.04.2022 fortgeführt. Ab dem 02.05.2022 werde man die PCR-Pooltestungen einstellen.

Die Impfquote der Kölner Bevölkerung liege für die Zweitimpfung bei etwas über 81 Prozent und für die Boosterimpfung bei knapp 65 Prozent und damit deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Die Impfquoten in den verschiedenen Altersgruppen seien allerdings weiterhin noch sehr unterschiedlich.

Auf Nachfrage von Herrn Richter teilt Frau Stadtdirektorin Blome mit, dass man derzeit an neuen Regelungen zum Umgang mit Homeoffice und der damit einhergehenden Nutzung von Büroflächen in der Stadtverwaltung arbeite.

Herr Zimmermann fragt nach den Auswirkungen der Änderung der Teststrategie in Grundschulen auf die Inzidenz.

Frau Stadtdirektorin Blome erläutert, dass die Zuständigkeit hierfür beim Land NRW liege. Statistische Auswertungen zur Änderung der Teststrategie lägen zurzeit nicht vor und müssten über einen längeren Zeitraum ermittelt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Cremer teilt Frau Stadtdirektorin Blome mit, dass erfahrungsgemäß eine Vielzahl der schwer an Corona erkrankten Personen häufig Vorerkrankungen aufwiesen und nicht geimpft seien.

2.1.2 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine

Frau Oberbürgermeisterin Reker und Frau Stadtdirektorin Blome bedanken sich bei allen freiwilligen Helfer*innen, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden und Hilfsorganisationen für ihr großartiges Engagement, ohne die die Stadtverwaltung diese große Aufgabe nicht bewältigen könne.

Frau Stadtdirektorin Blome informiert über die aktuelle Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine. Sie weist darauf hin, dass aufgrund der Dynamik der Lage ein schnelles Handeln notwendig gewesen sei und man sich daher noch in einem stetigen Verbesserungsprozess der einzelnen Maßnahmen befände.

Am Breslauer Platz wurde ein festes Welcome Center eingerichtet, an dem in den letzten 4 Tagen 1500 Personen angekommen seien. Insgesamt habe die Stadt Köln bisher 3448 ukrainische geflüchtete Personen (Stand 21.03.2022) untergebracht. Die Stadt Köln habe in der Messehalle 3 1100 Plätze und 400 Notplätze eingerichtet. Die Anmietung weiterer Messehallen werde derzeit geprüft. Zur kurzfristigen Ausweitung der Kapazitäten habe die Stadtverwaltung ein Unternehmen beauftragt, auf einer geeigneten Fläche am Südstadion temporäre Bauten mit familiengerechten abgeschlossenen Einheiten zu errichten. Die Prüfung weiterer Immobilien und Flächen als Unterbringungsmöglichkeiten laufe mit Hochdruck. Mittels eines Aufrufs in den Medien habe die Stadt Köln bereits in der letzten Woche die Kölner Wirtschaft aufgefordert, leerstehende Gebäudeflächen und Grundstücke zu melden und so die Rekrutierung von Unterbringungsmöglichkeiten zu unterstützen. Zudem habe man 808 Plätze in Hotels und Beherbergungsbetrieben akquirieren können, von denen 348 bereits belegt seien. In Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 17.03.2022 erarbeite die Verwaltung zurzeit ein Verfahren zur Nutzung privater Wohnangebote. Dieses solle bei den Träger*innen des Auszugsmanagements angesiedelt werden. Um eine professionelle Beratung und Unterstützung für aufnehmende Personen zu gewährleisten, nutze man die stadtweit bereits seit 2018 bestehenden bezirklichen Strukturen. Weitere notwendige Unterstützungsbedarfe würden aufgenommen und kontinuierlich einrichtet werden.

Das Kommunale Integrationszentrum biete ein Beratungsangebot für Eltern von ukrainischen geflüchteten Kindern an. Die Nachfrage hiernach sei schon jetzt deutlich gestiegen. 85 Schüler*innen aus der Ukraine seien bereits an Kölner Schulen aufgenommen wurden. Auch für die Vergabe an Plätzen in Kindertagesstätten wurde ein Verfahren entwickelt. In Kooperation mit diversen Träger*innen habe man verschiedene Angebote für die geflüchteten Kinder und Jugendlichen konzipiert, die zeitnah umgesetzt würden.

Bis dato seien 100 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus der Ukraine bei KidS in Obhut genommen worden. Aufgrund eines zu erwartenden Anstiegs der Zahl an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen werde eine Erstaufnahme in der Jugendherberge Pathpoint zur Überbrückung eingerichtet.

Die Lage im Ausländeramt habe sich nach Einleitung verschiedener Maßnahmen stabilisiert. Problematisch sei derzeit insbesondere die Registrierungssituation, da hierzu nur ein Gerät vorhanden sei und bei dem eine softwaretechnische Umstellung durch das Land NRW durchgeführt werden müsse.

Bis zum 18.03.2022 hätten rund 3000 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Zur Sicherstellung einer adäquaten Versorgung werde kurzfristig medizinisches Fachpersonal in den städtischen Unterkünften bereitstehen.

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen schließen sich dem Dank an und teilen ihre Ansichten mit.

Auf Nachfrage von Frau Kessing teilt Herr Beigeordneter Voigtsberger mit, dass bereits 50 Freizeitprojekte und Spielgruppen eingerichtet worden.

Frau Stadtdirektorin Blome nimmt die Anregungen von Frau Gärtner mit, zum einen für weitere größere Einrichtungen eine Kooperation mit dem Sparkassenbus zu prüfen und zum anderen auf der Internetseite der Stadt Köln detaillierte Informationen zur finanziellen Unterstützung privater aufnehmender Personen bereitzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Joisten erläutert Frau Stadtdirektorin Blome, dass bei der Bereitstellung privater Immobilien von Kölner Unternehmen eine gute Kooperation herrsche.

Die Erstbeurteilung der angebotenen Immobilien erfolge durch den vorbeugenden Brandschutz der Feuerwehr Köln.

Bezüglich der Unterstützung von privat aufnehmenden Personen habe die Stadt Köln bereits umfassende Beratungsangebote zur Verfügung gestellt. Diese befänden sich weiter in einem kontinuierlichen Optimierungsprozess.

Herr Kockerbeck fragt nach der Verteilung von geflüchteten Kindern an Schulen und dem damit einhergehenden Mehrbedarf an Räumen und Personal.

Herr Beigeordneter Voigtsberger teilt den derzeitigen Sachstand zur Verteilung der Schüler*innen und die aktuelle Zahl an freien Plätzen in Vorbereitungsklassen mit.

Auf Nachfrage von Herrn Sterck informiert Frau Stadtdirektorin Blome über die finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten für privat aufnehmende Haushalte. Dieses Thema werde zudem am 22.03.2022 im Städtetag beraten.

Frau Glashagen fragt nach den Auszahlungsmöglichkeiten für ukrainische Geflüchtete nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Herr Beigeordneter Dr. Rau erklärt, dass auch eine Bargeldauszahlung an die Geflüchteten möglich sei.

Auf Nachfrage von Herrn Hock erläutert Frau Stadtdirektorin Blome, dass für die Kommunikation der ukrainischen Geflüchteten in die Heimat elektronische Geräte zur Verfügung gestellt würden.

Herr Zimmermann fragt nach dem Ablauf der Ankunft von ukrainischen Geflüchteten am Kölner Hauptbahnhof und der Kooperation mit Nachbarkommunen und dem Land NRW in Bezug auf die Unterbringung der geflüchteten Menschen.

Frau Stadtdirektorin Blome informiert, dass die Stadt Köln eng mit dem Bahnstationsmanagement zusammenarbeite und ankommende Geflüchtete von deren Mitarbeitenden bereits an den Gleisen in Empfang genommen würden.

Die Kooperation zwischen der Stadt Köln und den umliegenden Städten und Kreisen funktioniere sehr gut. Die Koordinierung zur Verteilung der geflüchteten Personen liege beim Land NRW.

Herr Cremer fragt nach den Planungen zum Unterricht der ukrainischen Schüler*innen, insbesondere ob man Willkommensklassen oder Unterricht nach ukrainischen Lehrplänen beabsichtige. Er möchte wissen, ob es hierzu bereits eine Information des Kultusministeriums NRW gebe.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1.2 zur Niederschrift:

Die Beschulung erfolgt in einer Sprachfördergruppe bzw. in Einzelintegration im Sinne des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung „Unterricht für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler“.

Der Schulträgerin Stadt Köln liegen keine Informationen vor, inwiefern ukrainische Erziehungsberechtigte die Beschulung ihrer Kinder nach ukrainischen Lehrplänen fordern oder ob dieses von Seiten des Landes geplant ist. Da es sich hier um eine innere Schulangelegenheit handelt, für die die Schule selbst bzw. das Land Nordrhein-Westfalen zuständig ist, kann die Stadt Köln hierauf weder Einfluss ausüben noch wird sie hierüber informiert.

**2.1.3 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2022"
4449/2021**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**2.1.4 Jahresbericht der Online-Redaktion über die Zugriffszahlen von
stadt.koeln in 2021
0464/2022**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**2.1.5 Modellprojekt "Digitale und hybride Gremiensitzungen" des Landes
NRW
0542/2022**

Frau Glashagen möchte wissen, wer über die Durchführung digitaler und hybrider Sitzungen entscheide und welche die im Gesetzesentwurf genannten besonderen Ausnahmefälle und Notsituationen seien.

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass diese Entscheidung der Rat treffe und sagt eine detaillierte Darstellung für den Digitalisierungsausschuss zu.

Auf Nachfrage von Herrn Joisten ergänzt Frau Oberbürgermeisterin Reker, dass im Gesetzesentwurf der Rat nur in den genannten besonderen Ausnahmefällen und Notsituationen digital oder hybrid tagen könne, während für die meisten Ausschüsse hybride Sitzungen grundsätzlich zugelassen werden könnten.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Anmerkung:

Die Nachfragen wurden in einer Anlage zur Vorlage beantwortet (<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=869652&type=do>).

2.1.6 Akteneinsichten gemäß § 55 Gemeindeordnung NRW 0415/2022

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.7 Sachstand Kommunikationsstrategie Stadtverwaltung 0886/2022

Frau Oberbürgermeisterin Reker leitet in das Thema der Modernisierung des Markenauftritts der Stadt Köln ein und übergibt mit Einverständnis der Mitglieder des Hauptausschusses das Wort an Herrn Boros, Geschäftsführer der Agentur Boros.

Herr Boros stellt den modernisierten Markenauftritt der Stadt Köln vor und geht dabei insbesondere auf das neue Logo und Gestaltssystem ein.

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Ansichten dar.

Auf Nachfrage von Herrn Sterck teilt Frau Oberbürgermeisterin Reker mit, dass in Zukunft über eine Marke kommuniziert werden solle und das neue Gestaltungssystem auf sämtliche Bereiche ausgerollt werde.

Auf Nachfrage von Herrn Cremer erläutert Herr Vogel, dass das Rollout möglichst kostenschonend erfolgt. Die digitale Umsetzung erfolge zum 01.07.2022. Drucksachen hingegen werde man noch bis Jahresende aufbrauchen und dann bei Neuauflage das Corporate Design anpassen. Dasselbe gelte für die Neuanschaffung von Fahrzeugen, Beschilderungen, u. ä.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.8 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu „Corona-Spaziergängen“ 0935/2022

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.9 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu Alkoholverboten im öffentlichen Raum 0938/2022

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

**3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Mittel der KfW zur Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten"
AN/0623/2022**

**Antwort der Verwaltung vom 21.03.2022
0942/2022**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

**4.1 Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der Bezirksvertretung Köln Chorweiler"
AN/0638/2022**

Die Angelegenheit wurde nicht in die Tagesordnung aufgenommen und soll in der nächsten Sitzung behandelt werden (siehe Ziffer II, vor Eintritt in die Tagesordnung).

**4.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Krieg und Flucht in Europa: Hilfsstruktur und Beratungsangebote für Kölner*innen, die Geflüchtete privat aufnehmen"
AN/0641/2022**

Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück.

Anmerkung:

Der Antrag wurde im Hinblick auf dem Bericht unter TOP 2.1.2 und nach den mündlichen Erläuterungen der Verwaltung zurückgezogen.

**4.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Flüchtlingsunterbringung und Flüchtlingsbetreuung in Köln: „Pakt mit der Kölner Wirtschaft“
AN/0642/2022**

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Positionen dar.

Beschluss:

Zum Zwecke der Unterstützung der Arbeit für die Geflüchteten aus der Ukraine sucht die Stadtverwaltung umgehend den Kontakt mit den organisierten Vertreter*innen der Kölner Wirtschaft, (IHK, Handwerkskammer, etc.), um mögliche Unterbringungsressourcen in derzeit nicht belegten Büro- oder Gewerberäumlichkeiten zu mobilisieren und deren Umnutzung so zeitnah wie möglich zu realisieren. Zusätzlich sollte im Rahmen einer solchen Kooperation geprüft werden, ob technische Dienstleistungen wie z.B. brandschutztechnische Begutachtung zur Umnutzung von Büroräumlichkeiten ggfs. als Sachspende realisiert werden können. Ferner sollten alle

weiteren Möglichkeiten abgefragt und geprüft werden, welche die Wirtschaftsakteure in die Unterstützung der Flüchtlingsarbeit in unserer Stadt Köln einbringen können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und Die FRAKTION abgelehnt.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 10 Jahre Städte- und Klimapartnerschaft Köln - Rio de Janeiro - Teilnahme von Ratsmitgliedern an der Delegationsreise nach Rio de Janeiro 0670/2022

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass von den Fraktionen folgende Personen für die Teilnahme benannt wurden: Für Bündnis 90/Die Grünen, Frau Bürgermeisterin von Bülow, für die CDU, Frau De Bellis-Olinger, für die SPD, Herr Pütz, für Die Linke., Frau Niknamtavin, für die FDP, Herr Sterck und für Volt, Herr Achtelik.

Auf Nachfrage von Herrn Zimmermann nennt Frau Oberbürgermeisterin die weiteren Teilnehmenden an der Delegationsreise.

Herr Cremer fragt, ob es zulässig sei, dass nur stimmberechtigte Fraktionen an Delegationsreisen teilnehmen und wie hoch die Kosten der Reise insgesamt seien. Frau Oberbürgermeisterin Reker verweist auf den Ratsbeschluss unter TOP 5.6 aus der Sitzung vom 10.12.2020. Sie sagt eine schriftliche Information zu den Kosten für die Teilnehmenden der Verwaltung zu.

Beschluss:

Die im zuständigen Fachausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales stimmberechtigt vertretenen Fraktionen können jeweils ein Ratsmitglied als Begleitung der geplanten Delegationsreise von Oberbürgermeisterin Reker vom 10.-16.04.2022 in Rio de Janeiro benennen.

Der Hauptausschuss erteilt die Dienstreisegenehmigungen für die von den Fraktionen benannten Ratsmitglieder.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Antwort der Verwaltung zu TOP 5.1 zur Niederschrift:

Die Reisekosten für die Delegationsreise nach Rio für die Teilnehmenden der Verwaltung setzen sich zusammen aus den Reise- und Übernachtungskosten, der Verpflegungskostenpauschale sowie den Kosten für Versicherung und Servicekosten für die Reisebuchung. Die Kosten betragen nach derzeitiger Kalkulation rund 4.350 Euro. Zu berücksichtigen ist, dass sich durch Wechselkursschwankungen hier noch höhere Preisdifferenzen in der tatsächlichen Abrechnung ergeben können.

6 Allgemeine Vorlagen

6.1 Delegationsreise der Oberbürgermeisterin nach Istanbul anlässlich des 25jährigen Städtepartnerschaftsjubiläums 0850/2022

Herr Cremer fragt nach den genauen Kosten für die Teilnehmenden der Verwaltung. Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine schriftliche Information über die Kosten zu.

Beschluss:

Die im zuständigen Fachausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales stimmberechtigt vertretenen Fraktionen benennen jeweils ein Ratsmitglied als Begleitung der – vorbehaltlich der weiteren Abstimmung mit der Großstadtverwaltung Istanbul - geplanten Delegationsreise von Oberbürgermeisterin Reker vom voraussichtlich 09.06.2022 – 12.06.2022 nach Istanbul.

Der Hauptausschuss beschließt die Teilnahme der folgenden genannten Personen:

Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Dilan Yazicioglu

Fraktion CDU: Bürgermeister Dr. Ralph Elster

Fraktion SPD: Bürgermeister Dr. Ralf Heinen

Fraktion DIE LINKE: Jörg Detjen

Fraktion FDP: Volker Görzel

Fraktion Volt: Keine Teilnahme

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Antwort der Verwaltung zu TOP 6.1 zur Niederschrift:

Die Reisekosten für die Delegationsreise nach Istanbul für die Teilnehmenden der Verwaltung setzen sich zusammen aus den Reise- und Übernachtungskosten, der Verpflegungskostenpauschale sowie den Kosten für Versicherung und Servicekosten für die Reisebuchung. Die Kosten betragen nach derzeitiger Kalkulation rund 2.920 Euro. Zu berücksichtigen ist, dass sich durch Wechselkursschwankungen hier noch höhere Preisdifferenzen in der tatsächlichen Abrechnung ergeben können.

7 Mündliche Anfragen

Herr Cremer fragt, nach welchen Kriterien und Anweisungen der Twitter-Account der Stadt Köln like und wie sichergestellt werde, dass die Likes und auch Retweets der Stadt Köln den Prinzipien der Neutralitätspflicht der Verwaltung entsprechen.

Er nimmt Bezug auf einen konkreten Tweet im Zusammenhang mit einer Ratssitzung und sagt auf Nachfrage von Frau Oberbürgermeisterin Reker zu, diesen zur Verfügung zu stellen.

Antwort der Verwaltung zu TOP 7 zur Niederschrift:

Zu kommunizierende Themen werden im Newsroom innerhalb des Presseamtes definiert und das Social Media Team betreibt die Umsetzung eigenständig und nach bestimmten Maßgaben wie etwa der kanalspezifischen Aufbereitung. Postings anderer Akteure werden nur mit einem „Like“ markiert, wenn es sich um gemeinsame Kampagnen/ Anliegen handelt oder um Tochterunternehmen der Stadt wie KVB, AWB oder die Kölner Museen, die eigene Accounts unterhalten. Interaktion ist ein grundlegender Aspekt sozialer Medien und so werden auch in Einzelfällen Postings anderer Nutzer*innen mit einem „Like“ markiert, wenn beispielsweise vorher mit diesen eine

Interaktion bestand und sich z.B. Nutzer*innen für eine Antwort beim Social Media Team bedanken. Das ist gängige Praxis in den Sozialen Medien und durchaus kanalgerecht. Ein weiterer, wichtiger Aspekt der Social Media Strategie ist es, Posts anderer Akteure kontextbasiert zu „likern“ oder zu „retweeten“, denn auch so gewinnt ein Kanal wie der der Stadt Köln an Relevanz. Die politische Neutralität der Stadtverwaltung wird dabei stets gewahrt.

Permanenter Zugriff auf die Social Media Accounts haben alle Mitarbeitenden des Sachgebiets Digitale Kommunikation und die Abteilungsleitung Newsroom.

Gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Giulia Piszczan
Schriftführerin